

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Tobias Pflüger, Kathrin Vogler, Heike Hänsel,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/20036 –**

Kein Konjunkturpaket für die Rüstungsindustrie

A. Problem

Die Antragsteller verfolgen mit dem Antrag das Ziel, dass der Deutsche Bundestag beschließen solle, eine Änderung des Konjunkturpaketes der Bundesregierung zu fordern und es abzulehnen, neue Rüstungsprojekte in Höhe von bis zu 10 Milliarden Euro vorzuziehen. Der Deutsche Bundestag solle außerdem beschließen, den Aufbau des 0,5 Milliarden Euro teuren „Zentrums für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr“ abzulehnen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/20036 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Der Verteidigungsausschuss

Wolfgang Hellmich
Vorsitzender

Henning Otte
Berichterstatter

Dr. Fritz Felgentreu
Berichterstatter

Berengar Elsner von Gronow
Berichterstatter

Christian Sauter
Berichterstatter

Tobias Pflüger
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Henning Otte, Dr. Fritz Felgentreu, Berengar Elsner von Gronow, Christian Sauter, Tobias Pflüger und Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/20036** in seiner 167. Sitzung am 19. Juni 2020 beraten und dem Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung sowie dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach dem Begehren der Antragsteller sollte der Deutsche Bundestag beschließen, dass er eine Änderung des vom Koalitionsausschuss der Bundesregierung beschlossenen Konjunkturpaketes fordere. Der Deutsche Bundestag sollte es ablehnen, neue Rüstungsprojekte in Höhe von bis zu 10 Milliarden Euro vorzuziehen, da diese Mittel angesichts der Corona-Krise anderweitig benötigt würden. Er sollte deren Streichung aus den nach Eckpunkt 10 jetzt vorzuziehenden geplanten Aufträgen und Investitionen fordern, das vereinbarte, 0,5 Milliarden Euro teure „Zentrum für Digitalisierungs- und Technologieforschung der Bundeswehr“ ablehnen und die ersatzlose Streichung von Eckpunkt 49 fordern.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat den Antrag in seiner 81. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verteidigungsausschuss hat den Antrag in seiner 60. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten.

Im Verlaufe der Ausschussberatung kritisierte die **Fraktion der CDU/CSU**, der Antrag sei auf eine Schwächung der Bundeswehr gerichtet. Stattdessen müsse man die unter der Corona-Pandemie leidende Wirtschaft unterstützen und dazu gehöre auch die mittelständisch geprägte Rüstungsindustrie. Es gehe hier zudem um die Förderung der Fortentwicklung moderner Technologien, wovon auch die zivile Wirtschaft profitieren könne.

Die **SPD-Fraktion** betonte, mit dem Konjunkturpaket solle mithilfe großzügiger staatlicher Ausgaben der Wirtschaft in dieser schwierigen Phase geholfen werden. Davon könne der Bereich der Verteidigung nicht ausgenommen werden.

Die **Fraktion der AfD** bekräftigte, die in dem Konjunkturpaket enthaltenen Punkte seien wichtig, weshalb der Antrag abgelehnt werde.

Die **FDP-Fraktion** bekundete, auch wenn nicht alle Punkte des Konjunkturpaketes den richtigen Ansatz hätten, wäre es falsch, den Bereich der Verteidigung davon auszunehmen, zumal gerade die Digitalisierung ein wichtiges Vorhaben sei.

Die **Fraktion DIE LINKE.** unterstrich, es sei falsch, Rüstungsausgaben jetzt vorzuziehen und als Hilfe in der Corona-Krise zu deklarieren. Es gebe wichtigere Bereiche, in welchen die finanziellen Mittel eingesetzt werden könnten, weshalb die in dem Antrag angesprochenen Punkte gestrichen werden sollten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, man teile die Skepsis, inwiefern in diesem Zusammenhang auch die Rüstungsindustrie bedacht werden müsse. Allerdings sei das Vorziehen von Vorhaben sinnvoll, wenn

diese bereits beschlossen seien, in nächster Zeit sowieso umgesetzt werden sollten und die Mittel nach Deutschland flössen.

Im Ergebnis beschloss der **Verteidigungsausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Henning Otte
Berichterstatter

Dr. Fritz Felgentreu
Berichterstatter

Berengar Elsner von Gronow
Berichterstatter

Christian Sauter
Berichterstatter

Tobias Pflüger
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter